



Niederschrift

43. Sitzung Hauptausschuss
12. September 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 1.1 der Tagesordnung: Karlsruher Integrationsmanagement: Regelstrukturen, Maßnahmen und Projekte im Bereich Geflüchtete

Vorlage: 2023/0575/1

Beschluss:

1. Die Verlängerung des Projektes „Deutsch für ukrainische Kinder im Vorschulalter ohne Kita-Platz“ der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. bis zum 31.12.2023.
2. Die Verwaltung zu beauftragen, freiwillige Maßnahmen und Projekte im Handlungsfeld Geflüchtete zu evaluieren und, im Hinblick auf die notwendige Haushaltskonsolidierung, Doppelstrukturen unter Fortführung der Angebote zusammenzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 1.1 zur Behandlung auf und übergibt das Wort an Bürgermeister Lenz.

Bürgermeister Lenz erläutert, dass sich die Migration in den letzten Jahrzehnten stark verändert habe. Bund, Länder und Kommunen hätten darauf reagiert und Maßnahmen zur Unterstützung von Geflüchteten auf den Weg gebracht. In Karlsruhe sei auf die Herausforderungen immer unbürokratisch mit einem hohen Qualitätsniveau reagiert worden. Er fasst den Inhalt der Vorlage kurz zusammen und weist darauf hin, dass soziale Wohnraumversorgung in Wohnungen immer kostengünstiger sei, als eilig beschaffte Container oder das freiräumen von Turnhallen. Er dankt der Verwaltung, den privaten Wohnungsgebern und Wohnungsgeberinnen und den Gremien für die politische Unterstützung.

Stadträtin Fahringer (GRÜNR) signalisiert Zustimmung zur Vorlage. Sie dankt der Verwaltung und allen zivilgesellschaftlichen Akteure*innen für die geleistete Arbeit und auch den privaten, die Wohnraum zur Verfügung stellen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU) ist erfreut über die Verlängerung der Projekte wobei sie besonders die Jüdische Kultusgemeinde, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und Uneson hervorhebt. Sie bedankt sich bei der Verwaltung und den ehrenamtlich engagierten Personen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) teilt mit, dass der Vorlagen zugestimmt werde. Er sei froh, dass es das freiwillige ehrenamtliche Engagement gebe und die Argumentation der AfD Doppelstrukturen zu beleuchten, übernommen werde.

Stadträtin Melchien (SPD) entgegnet, dass die Beschlussvorlage nichts mit der Arbeit der AfD zu tun habe. Sie teilt mit, dass die in der Vorlage genannten Punkte unterstützt werden. Sie lobt das zunächst unbürokratische Vorgehen in Karlsruhe bis die Förderung dann in eine Regelstruktur übernommen werden könne. Sie dankt allen engagierten Menschen, den Verbänden und den zahlreichen Trägern für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) teilt mit, dass er den Punkt zwei der Beschlussvorlage nicht einfach durchwinken könne. Er berichtet, dass er bei der Zusammenführung von Initiativen Probleme sehe, vor allem wenn es dann ins Detail gehe. Er fordert, dass der Gemeinderat vor der Umsetzung solcher Beschlüsse detailliert informiert werde.

Stadtrat Hock (FDP) lobt das schnelle und gute Vorgehen der Stadtverwaltung zu Beginn des Ukrainekriegs und teilt mit, dass er der Vorlage zustimmen werde.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.) bedankt sich bei den Mitgliedern des Migrationsbeirats für die qualifizierte Diskussion zur Vorberatung der Vorlage und teilt mit, dass sie sich den Aussagen von Stadträtin Melchien anschließen könne.

Stadträtin Fenrich (pl.) erinnert an frühere Aussagen, dass eine Evaluation stattfinden müsse. Sie wünscht sich, dass man genau erfahren könne, für welche Maßnahmen wie viel Geld ausgegeben worden sei und ob die damit verbundenen Ziele erreicht worden seien. Sie verspricht sich davon eine leichtere Entscheidungsfindung.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) relativiert, dass selbstverständlich geschaut werden müsse, wofür die Zuschussnehmer das Geld ausgegeben haben, es den ehrenamtlichen dadurch jedoch nicht schwer gemacht werden dürfe. Genau genommen gebe es auch keine Doppelstrukturen, da jeder seine spezifische Vorgehensweise habe, die für den jeweiligen Bereich sinnvoll sei.

Frau Denninghaus (Büro für Integration) teilt auf Nachfrage von **Stadträtin Fahringer (GRÜNE)** mit, dass keine Unterscheidung zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten gemacht werde und der Übergang fließend sei. In der Vorlage handelt es sich um die Projekte aus den Mitteln der Soforthilfe für die Ukraine und es gehe um die Menschen, die im Jahr 2022 aus der Ukraine zugewandert seien. Weiter erläutert sie, dass in Abbildung zwei auch die wenigen Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern inbegriffen seien, das Gros bilde jedoch die Menschen aus der Ukraine. Auf Nachfrage von **Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI)** teilt sie mit, dass die Tätigkeiten der unterschiedlichen Institutionen sehr ernst genommen werden und sie dankbar dafür sei. Gespräche werden mit allen

Initiativen geführt und es gehe in keiner Weise um Rückforderungen. Auch werde der AK Migrationsbeirat und der Migrationsbeirat in die Beratungen mit einbezogen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass in den Gremien weiter berichtet werde. Er schlägt vor, dass man mit der Flüchtlingshilfe als Dachorganisation im Gespräch bleibe. Er stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
20. September 2023